

Ein Streit um Macht statt um Kultur

Von Jean-Martin Büttner, Neuenburg.
Aktualisiert am 08.10.2009

Wie viel Politik verträgt die Kultur? Die Debatte über ihre Förderung reicht weit über die Auseinandersetzung im Parlament hinaus.



Kultur aufs Korn nehmen und Kunst abschiessen: Schiessbude in der Ausstellung «Helvetia Park».
Bild: Alain Germond (MEN)

Links
Helvetia Park

Die Kultur als Karussell, Politiker als Schiessbudenfiguren, Kunst zum Abknallen, Künstler auf Kollisionskurs und der Bürger mittendrin, von einer Attraktion zur nächsten taumelnd: So sieht es aus, wenn das Musée d'ethnographie von Neuenburg den Streit zwischen Kultur und Politik inszeniert, nämlich als ironischen Vergnügungspark. Tatsächlich fühlt man sich im Museum wie auf der Kirmes; Lämpchen blinken, Stimmen scheppern, Maschinen rattern. Und der Besucher lernt: Zuallererst geht es ums Geld, wenn von Kultur die Rede ist. Und dann darum, welche Kultur sich am besten zum Ereignis macht. Wer am meisten Lärm erzeugt, wird am ehesten gehört.

Geisterbahn der Skandale

Der Lärm in der Kultur geht auf eine Forderung der 68er-Generation zurück; sie verlangte nach einem erweiterten Kulturbegriff, der nicht nur die klassischen Künste gelten liess. Daraus ergab sich eine Ereigniskultur, die sich gegen die Absicht der 68er entwickelte und heute grosse Teile der Kulturproduktion bestimmt. Bei den gesponserten Grossanlässen, die meistens auf ein ebenso grosses Publikum hinzielen, ist sie fast schon Bedingung. Immer stärker dominiert sie auch die

Debatte, wie der Staat die Kultur fördern soll, mit aufgeregten Skandalen und ebenso aufgeregten Politikern. Der Streit um die staatlich unterstützte Kultur wird selber zum Ereignis.

«Helvetia Park», die Neuenburger Ausstellung, stellt diese Kontroverse konsequenterweise als Geisterbahn dar, ein Horrorkabinett der Skandale zur Frage, ob die Kultur dem Land zu dienen habe oder dem Ausdruck seiner Künstler. Es gab immer wieder Krach, zum Beispiel bei den landesweiten Manifestationen für die Alternativkultur in den Achtzigern. Später gab der Schweizer Pavillon in Sevilla zu reden («la Suisse n'existe pas»), die Auftritte der Pipilotti Rist an der Expo und zuletzt natürlich die Pariser Ausstellung von Thomas Hirschhorn («Swiss-Swiss Democracy»), auf die das Parlament mit einer Budgetkürzung der Pro Helvetia reagierte.

Dass die Politik wegen einer Ausstellung eine Geldstrafe verhängt, beeinflusst die Debatte um das neue Kulturförderungsgesetz bis heute. Und erklärt, warum die beiden Räte seit über einem Jahr darüber streiten. Die wuchernden Details von Gesetzesartikeln, Zuständigkeiten, Gremien, Förderpreisen, Strategien und Abhängigkeiten muten dermassen abschreckend an, dass sich ausser den Direktbeteiligten keiner für das Thema interessiert. Die Kultur ist lebendig, die Kulturpolitik tötelt.

Die Hand beissen, die füttert

Dabei geht es um nichts weniger als um die Frage von Staatsmacht und künstlerischer Freiheit, oder wie es der Thurgauer SVP-Ständerat Hermann Bürgi einmal formulierte: ob der Künstler die Hand beissen darf, die ihn füttert. Wer keinen Sponsor hat, wer nicht am Schauspielhaus oder im Opernhaus arbeitet oder fürs Hallenstadion produziert, ist in der kleinen, kulturell zerklüfteten Schweiz bald einmal auf Bundesgelder angewiesen. Wer diese aber verteilen darf, wie viel, an wen und warum: Diese Fragen bringen alle Beteiligten gegeneinander auf.

Im Zentrum stehen dabei die Kulturstiftung Pro Helvetia und das Bundesamt für Kultur (BAK). Die Stiftung kämpft mit ihrem Direktor Pius Knüsel um Autonomie und erweiterte Kompetenzen, weil sie, sagt er, «als Agentin der Künstler deren Anliegen besser kennt und schneller darauf reagieren kann». Weil sie garantieren könne, dass die Kulturförderung nicht verpolitisiert und unter den Einfluss des Bundesrats geraten würde. Pro Helvetia möchte auch die Nachwuchsförderung der visuellen Künste und anderes vom BAK übernehmen, die Stiftung findet die heutige Verteilung der Aufgaben umständlich. Das allerdings passt weder Kulturminister Pascal Couchepin noch seinem Bundesamt. Dieses müsse «operativ im Kontakt mit den Kulturschaffenden bleiben können», sagt Urs Staub vom BAK, «sonst können wir ihre Bedürfnisse nicht mehr erfassen». Sein Amt fördere die visuellen Künste umfassend und zur allgemeinen Zufriedenheit, das solle man so belassen, statt das BAK so zu beschneiden, «dass man sich fragt, was es noch soll».

Reflexe gegen Zürich

Die bildenden Künstler weiss das BAK auf seiner Seite, etwa den Bildhauer und Aktionskünstler Roman Signer. Er habe früher selbst von der Pro Helvetia profitiert, sagt er, dennoch möchte er nicht, dass sie Aufgaben übernehme, die das BAK sehr gut erledigt habe. Ohnehin denkt er, «dass der ganze Streit um die Förderung der Kultur am meisten schadet». Die Schriftstellerin Ruth Schweikert stört das gar nicht. Sie spricht von einer einmaligen Chance, ein Gesamtkonzept für die Kulturförderung zu entwickeln. Und zwar von der Pro Helvetia, «um eine möglichst grosse Ferne zur Politik zu erreichen». Die Leute im BAK entschieden letztlich politisch, «so besteht immer die Gefahr, dass die Kultur instrumentalisiert wird».

Wozu das führen kann, hat der abtretende Kulturminister Pascal Couchepin wiederholt gezeigt, etwa mit seinem Versuch, über seine Personalpolitik Einfluss auf die Filmförderung zu nehmen. Ihm hat

auch gar nicht gefallen, dass der Nationalrat die Pro Helvetia zulasten des BAK stärken möchte. Das habe nicht zuletzt kulturelle Gründe, glaubt der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller: Couchepin und einige welsche Parlamentarier sähen die Pro Helvetia als eine Zürcher Institution. Von der Zürcher Institution, das zeigen andere Gespräche im Parlament, ist es zum Vorwurf der Zürcher Arroganz nicht weit. Wenn es um die staatlich geförderte Kultur geht, geht es zuerst um Macht. Und dann sofort, wie die Kultur auf diese Macht reagiert.
(Tages-Anzeiger)

Erstellt: 08.10.2009, 04:00 Uhr